

## INTERPELLATION

**der Grossräte Jean-Luc Addor, UDC, German Eyer, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), Gaël Bourgeois (Suppl.), ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), Raymond Borgeat, ADG (SPO-PS-VERTS-PCS), und Mitunterzeichnenden betreffend: Jede Stimme zählt – wirklich? (11.09.2012) 6.028 (in Zusammenarbeit mit dem DFIG)**

Die Kantonsverfassung sieht vor, dass jede Volksinitiative innerhalb von drei Jahren nach ihrer Einreichung dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten ist. Diese Frist kann nur durch einen Beschluss des Grossen Rates und nur um höchstens ein Jahr verlängert werden (Art. 100 Abs. 2 KV).

Die Volksinitiative «Jede Stimme zählt» ist am 6. Dezember 2010 mit 6'681 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Am 12. April 2012 hat die JUKO die Initiative für gültig erklärt und an den Staatsrat überwiesen. Zwei Schreiben waren nötig – das erste vom 21. Juni 2012 (blieb unbeantwortet) und das zweite vom 21. August 2012 – bis sich der Staatsrat dazu bequemt, dem Initiativkomitee mitzuteilen, dass er den Grossen Rat innerhalb der in Artikel 117 GORBG festgelegten Frist von einem Jahr mit dieser Initiative befassen werde. Es könnte also gut und gerne April 2013 werden, also zweieinhalb Jahre nach Einreichung der Initiative, bis diese endlich vor den Grossen Rat gelangt.

Schlussfolgerung:

1. Gedenkt der Staatsrat – im Gegensatz zu seiner Praxis im Zusammenhang mit anderen Initiativen – die Verfassung zu respektieren und falls ja, innerhalb welcher Frist wird er das Parlament effektiv mit der Initiative «Jede Stimme zählt» befassen? Es geht hier ganz einfach um die Achtung der Unterzeichner dieser Initiative und der Demokratie im Allgemeinen.
2. Das Bundesgericht hat unlängst die Wahlsysteme der Kantone Nidwalden, Zug und Schwyz, die mit dem Walliser System vergleichbar sind, für verfassungswidrig befunden. Sollten diese Bundesgerichtsentscheide den Staatsrat nicht dazu bewegen, umgehend Verfassungs- und Gesetzesänderungen vorzuschlagen und allenfalls die Initiative «Jede Stimme zählt» rasch zu behandeln, bevor das Bundesgericht auch das Walliser System für verfassungswidrig erklärt?

Sitten, den 11. September 2012  
(09.51 Uhr)

Jean-Luc Addor, Grossrat, UDC  
German Eyer, Grossrat,  
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)  
Gaël Bourgeois, Grossrat (Suppl.),  
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)  
Raymond Borgeat, Grossrat,  
ADG (SPO-PS-VERTS-PCS)  
und Mitunterzeichnende